S 1 AS 58/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Hessen
Sozialgericht	Sozialgericht Darmstadt
Sachgebiet	Grundsicherung für Arbeitsuchende
Abteilung	1
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 1 AS 58/17
Datum	21.10.2019

2. Instanz

Aktenzeichen	L 6 AS 614/19 NZB
Datum	25.03.2020

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Die Klage wird abgewiesen.

Die Beteiligten haben einander keine Kosten zu erstatten.

Tatbestand:

Die Klägerin begehrt von dem Beklagten die Übernahme von Kosten i.H.v. 280 EUR für ein mehrjähriges Vermessungspraktikum in Tschechien.

Die 1999 geborene Klägerin lebt mit ihren Eltern und ihrer jüngeren Schwester D. zusammen. Die Familie bezieht seit 01.01. 2005 Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Die Klägerin besuchte zunächst für mehrere Jahre die E-Schule in E-Stadt, welche jährlich einen mehrjährigen Aufenthalt in einem Landschulheim in F-Stadt mit Übernachtungen durchführte. In den Jahren 2012, 2013 und 2014 nahm die Klägerin an diesen Fahrten teil. Die hierfür entstandenen Kosten von 110,00 EUR bzw. 150,00 EUR wurden von dem Beklagten übernommen.

Ab dem Jahr 2016 besuchte die KlÄxgerin die Freie Waldorfschule E-Stadt. Diese organisierte vom 04.07.2016 bis zum 13.07.2016 eine als Feldmesspraktikum bezeichnete Klassenfahrt nach G-Stadt (Tschechien). Mit E-Mail vom 10. und 11.06.2016 hatte die Schule die Eltern Ä¼ber die Klassenfahrt und die anfallenden Kosten i.H.v. 280 EUR informiert. Gleichzeitig hatte sie die Eltern aufgefordert, das Geld bis zum 29.06.2016 zu Ä¼berweisen. Dieser Aufforderung kamen die Eltern der KlÄxgerin nach.

Ein auf den 20.06.2016 datiertes Schreiben der Schule mit Informationen Ä¼ber den Aufenthaltsort, wichtige Telefonnummern, Treffpunkt fÄ¼r Abfahrt und RÄ¼ckkehr und eine Liste Ä¼ber die mitzubringen Gegenstände erhielten die Eltern am 03.07.2016. Daraufhin rief der Vater der damals noch minderjÄxhrigen KlÄxgerin am selben Tag bei dem Beklagten an und erkundigte sich, ob die Kosten Ä¼bernommen wÄ¼rden. Mit wem genau telefoniert hat, ist unbekannt.

Am 20.07.2016 stellten die Eltern der KlÄxgerin einen schriftlichen Antrag auf Ä¼bernahme der Kosten fÄ¼r die Klassenfahrt. Diesen lehnte der Beklagte mit Bescheid vom 26.08.2016 ab und begrÄ¼ndete dies damit, dass sich hierbei um den vierten Schulausflug der KlÄxgerin innerhalb der Jahrgangsstufen 5-10 handeln wÄ¼rde. Nach I.1. Nr. 3 S. 1 des Erlasses des Hessischen Kultusministeriums Ä¼ber Schulwanderungen und Schulfahrten vom 07.12.2009 dÄ¼rften SchÄ¼ler an hÄ¼chstens drei mehrtÄxgigen Veranstaltungen, die sich auf drei verschiedene Schuljahre und drei verschiedene Kalenderjahre verteilen mÄ¼ssten, teilnehmen. Deswegen kÄ¼nne auch die BehÄ¼rde die Kosten fÄ¼r die vierte Schulfahrt nicht Ä¼bernehmen.

Hiergegen erhoben die Eltern der KlÄxgerin am 07.09.2016 Widerspruch. Der Ministerialrat hebele ein Bundesgesetz aus, was unzulÄxssig sei. [Ä§ 28 Abs. 2](#) Zweites Buch Sozialgesetzbuch â SGB II â kenne keine EinschrÄxnkung von Schulfahrten in Bezug auf deren HÄxufigkeit.

Mit Bescheid vom 30.12.2016 wurde der Widerspruch zurÄ¼ckgewiesen. [Ä§ 28 Abs. 2 S. 1 SGB II](#) verweise auf die schulrechtlichen Bestimmungen, bei welchen es sich um Landesrecht handle und zu welchem auch untergeordnete Verwaltungsvorschriften wie Erlasse gehÄ¼rten. Die Bestimmungen dieses Erlassen mÄ¼ssten daher eingehalten sein, damit die Klassenfahrt den schulrechtlichen Bestimmungen entspreche. Es werde dadurch nicht versucht, Bundesgesetz auszuheben, vielmehr verweise das Bundesgesetz selbst ergÄxzend auf landesrechtliche Bestimmungen.

Am 17.01.2017 hat die KlÄxgerin Klage erhoben. Die KlÄxgerin ist der Ansicht, der Ministerialerlass verstoÄ¼e gegen das Bildungspaket des Bundesministeriums und setze ein Bundesgesetz auÄ¼er Kraft, indem er nur eine Bezahlung fÄ¼r drei Fahrten erlaube. Der Erlass stÄ¼nde nicht im Einklang mit der sozialgerichtlichen Rechtsprechung auf Bundes-LÄxnderenebene. Auch sei das Transparenzgebot missachtet und Eltern mÄ¼ssten spekulieren, ob sie ihr Kind an diesem oder jenem Ausflug teilnehmen lieÄ¼en oder auf bessere Fahrten warteten. LieÄ¼e man eine solche Klassenfahrt wie diese aus, sei dies ausschlaggebend fÄ¼r die Note in

Mathematik. Vor allem sei es auch wichtig gewesen, in Teams zu arbeiten.

Die KlÄgerin beantragt,

den Bescheid vom 26.08.2016 Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 30.12.2016 aufzuheben und den Beklagten zu verurteilen, der KlÄgerin Leistungen i.H.v. 280,00 EUR zu gewÄhren.

Der Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Der Beklagte ist der Ansicht, im Zeitpunkt der Antragstellung habe schon gar kein Bedarf bestanden, da die Eltern der KlÄgerin die TeilnahmegebÄhr bereits vor der Antragstellung an die Lehrerin der KlÄgerin Äberwiesen hÄtten. Die Voraussetzungen der berechtigten Selbsthilfe nach [Ä 30 SGB II](#) lÄgen nicht vor. Der Beklagte ist weiter der Ansicht, Ministerialerlass sei rechtmÄÄig und im Rahmen des [Ä 28 SGB II](#) anzuwenden. Da Schulrecht Landesrecht sei und daher in einzelnen BundeslÄndern voneinander abweichen kÄnne, gebe es keine allgemeine, bundesweit gÄltige Definition fÄr das Tatbestandsmerkmal der schulrechtlichen Bestimmungen.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den Inhalt der Streitakte und den Inhalt der beigezogenen VerwaltungsvorgÄnge des Beklagten â BehÄrdenakte Band I zu A.H., Az. 123456789 â Bezug genommen. Dieser ist Gegenstand der mÄndlichen Verhandlung vom 21.10.2019 gewesen.

EntscheidungsgrÄnde:

I.

Die Klage ist zulÄssig aber unbegrÄndet.

Die Klage ist als kombinierte Anfechtungs- und Leistungsklage gerichtet auf Erstattung der selbst aufgebrachten Kosten fÄr die bereits durchgefÄhrte Klassenfahrt (vgl. BSG Urteil vom 22. November 2011, Az. [B 4 AS 204/10 R](#) â juris Rn. 10) statthaft. Bei den Kosten der Klassenfahrt gemÄÄ [Ä 28 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 SGB II](#) handelt es sich um einen Individualanspruch des jeweiligen SchÄlers bzw. KlÄgers, der isoliert und unabhÄngig von den Äbrigen Grundsicherungsleistungen geltend gemacht werden kann (BSG, Urteil vom 23. MÄrz 2010, Az.: [B 14 AS 1/09 R](#), Urteil vom 13. November 2008, [B 14 AS 36/07 R](#) â zitiert nach juris).

Die Klage ist unbegrÄndet. Die KlÄgerin hat keinen Anspruch auf die Erbringung von Leistungen fÄr Zeiten vor der Antragstellung. Auch besteht kein Anspruch auf Anerkennung von tatsÄchlichen Aufwendungen fÄr eine Klassenfahrt, die nicht im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen durchgefÄhrt wird.

Nach [Â§ 19 Abs. 2 S. 1](#) i.V.m. [Â§ 28 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 SGB II](#) haben leistungsberechtigte SchülerInnen und Schüler einen Anspruch auf die Anerkennung der tatsächlichen Aufwendungen für mehrtägige Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen.

Die formellen Voraussetzungen dieses Anspruchs liegen nicht vor.

Nach [Â§ 37 Abs. 1 S. 1 SGB II](#) werden Leistungen nach diesem Buch, d.h. nach dem SGB II, auf Antrag erbracht. Nach [Â§ 37 Abs. 2 S. 1 SGB II](#) werden Leistungen nach diesem Buch nicht für Zeiten vor der Antragstellung erbracht, wobei nach S. 2 der Antrag auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts auf den Ersten des Monats zurückwirkt. Mithin musste die Klägerin, um einen Anspruch auf die Anerkennung der Aufwendungen für die Klassenfahrt zu erhalten, zum einen einen Antrag hierauf gestellt haben, und zum anderen, diesen Antrag vor Ablauf des Monats gestellt haben, in welchem der Beklagte die Leistung zu erbringende hatte.

In der zum streitgegenständlichen Zeitraum geltenden Fassung des [Â§ 37 SGB II](#) musste ein Antrag auf Leistungen nach [Â§ 28 Abs. 2 SGB II](#) gesondert gestellt werden und war nicht vom Antrag auf Grundsicherungsleistungen umfasst. Dies bestimmte [Â§ 37 Abs. 1 S. 2 SGB II](#) a.F. Damit begrenzte [Â§ 37 Abs. 1 S. 2 SGB II](#) a.F. die in [Â§ 2 Abs. 2 Hs. 2 SGB I](#) enthaltene Meistbegünstigtenregelung, wonach in der Regel davon auszugehen ist, dass in der Stellung des Antrages auf Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitssuchende alle Leistungen als beantragt anzusehen sind, die nach Lage des Falles ernsthaft in Betracht kommen (BSG 19.08.2010 – B 14 AS 10/09 R – juris). Diese Regel findet nur auf solche Leistungen Anwendung, die vom Antrag auf Leistungen zur Grundsicherung umfasst sein können. Indem [Â§ 37 Abs. 1 S. 2 SGB II](#) normierte, dass die Anerkennung von Bedarfen nach [Â§ 28 Abs. 2 SGB II](#) gesondert zu beantragen ist (vgl. Schoch in LPK-SGB II, 6. Auflage 2017, Â§ 37 Rn. 5, 20), sind diese gerade nicht vom Antrag auf Leistungen zur Grundsicherung mit anzusehen gewesen.

Die vom Beklagten zu erbringende Leistung war hier die Direktzahlung an die Schule der Klägerin i.S.d. [Â§ 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 SGB II](#). Die Terminsvertreter des Beklagten und der Vater der Klägerin teilten übereinstimmend in der mündlichen Verhandlung mit, dass Zahlungen auf mehrtägige Klassenfahrten direkt an die Schule überwiesen würden. Dies deckt sich auch mit dem Vorgehen bei den gewährten Kosten für die vergangenen Schulausflüge der Klägerin, vgl. Bl. 01 0061, 01 0077, 01 0085 der Verwaltungsakte. Die Frist, bis zu der die Kosten für die Klassenfahrt gezahlt werden mussten, lief am 30. Juni ab. Mithin hätte auch der Antrag der Klägerin spätestens am 30. Juni bei dem Beklagten eingehen müssen. Der Antrag wurde jedoch erst am 4. Juli telefonisch gestellt und damit nach Ablauf des Monats, in welchem die Zahlung hätte erfolgen müssen.

Eine berechtigte Selbsthilfe nach [Â§ 30 SGB S. 2 II](#) liegt nicht vor.

Hierfür ist erforderlich, dass es dem Leistungsberechtigten nicht möglich gewesen ist, rechtzeitig einen Antrag zu stellen, [Â§ 30 S. 2 SGB II](#). In diesem Fall gilt

der verspätet gestellte Antrag als zum Zeitpunkt der Selbstvornahme gestellt.

Die Vorschrift wurde zur Erfassung solcher Fälle geschaffen, in welchen der Träger rechtswidrig die Leistung verweigert oder säumig handelt, aber auch kurzfristig auftretende Bedarfslagen ([BT-Drs. 17/12036, S. 8](#)), etwa kurzfristig angesetzte Ausflüge von Kindertagesstätten oder Schulen (Berlit, a.a.O.) Keine Anwendung findet die Vorschrift hingegen in solchen Fällen, in welchen sich Leistungsberechtigte die Leistung "aus freien Stücken" selbst beschaffen und die Erstattung ihrer Aufwendungen fordern ([BT-Drs. 17/12036](#), a.a.O.).

Bei der von der Schule der Klägerin organisierten Klassenfahrt handelt es sich nicht um einen kurzfristig angesetzten Ausflug im Sinne des Gesetzgebers. Der Klägerin war es möglich, rechtzeitig einen Antrag zu stellen. Die Klägerin bzw. deren Eltern wussten bereits seit dem 11. Juni und damit knapp einen Monat vor Beginn der Klassenfahrt, dass die Fahrt 280,00 EUR kosten würde. An diesem Tag ging ihnen nämlich die E-Mail der Lehrerin J. mit dem genannten Inhalt zu, wie sich aus dem vom Kläger vorgelegten Ausdruck auf Blatt 20 der Gerichtsakte ergibt. Bereits zu diesem Zeitpunkt hätten die Eltern der Klägerin einen Antrag bei dem Beklagten auf Anerkennung der Kosten stellen können. Dass dieser unter Umständen erst später beschieden werden konnte, da die Informationen, welche für die Prüfung der Voraussetzungen des [Â§ 28 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 SGB II](#) notwendig waren, zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorlagen, ist unerheblich. Es kommt bei [Â§ 30 S. 2 SGB II](#) lediglich darauf an, dass die Stellung eines Antrages, nicht dessen Bescheidung, möglich war. Die Tatsache, dass der Vater der Klägerin den Antrag am 4. Juli telefonisch stellen konnte, zeigt, dass die Antragstellung selbst möglich und formlos vorgenommen werden kann.

Auch die materiellen Anspruchsvoraussetzungen sind nicht erfüllt.

Zwar ist die Klägerin nach [Â§ 7 Abs. 2 S. 1, Abs. 3 Nr. 4, 19 Abs. 2, 28 Abs. 2 SGB II](#) leistungsberechtigt. Sie ist die Tochter von K.A. und H., welche beide zu den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nach [Â§ 7 Abs. 1 SGB II](#) gehören. Sie hat das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet und lebte zum Zeitpunkt der Antragstellung im Haushalt ihrer Eltern. Eigenes Einkommen oder Vermögen zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes hat sie nicht. Im Zeitraum der beantragten Leistung war sie Schülerin und hatte weder einen Anspruch aus dem 4. Kapitel des Zweiften Buches Sozialgesetzbuch – SGB XII noch einen Anspruch aus [Â§ 6b Bundeskindergeldgesetz](#).

Auch handelt es sich bei der Fahrt um eine mehrtägige Klassenfahrt.

Allerdings handelt es sich nicht um eine solche im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen. Durch den Verweis auf schulrechtliche Bestimmungen enthält das Gesetz bereits dem Wortlaut nach einen klaren Hinweis darauf, dass der Begriff der mehrtägigen Klassenfahrt nicht allein nach bundesrechtlichen Maßstäben auszulegen ist, sondern vorrangig nach landesrechtlichen. Das Bundesgesetz gibt lediglich den Rahmen vor, innerhalb dessen ein Anspruch auf Leistungen bestehen kann, der Anspruch selbst ist durch Landesrecht auszuformen (BSG, Urteil vom 22.

November 2011, Az. [B 4 AS 204/10 R](#) (juris Rn. 14). Das Landesrecht regelt, welche Veranstaltungen dem Grunde nach zulässig sind und in welcher Höhe Aufwendungen hierfür regional übernommen werden (BSG, a.a.O.) Dies entspricht auch der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Land über das Schulrecht; dieses ist nach [Art. 70](#) Grundgesetz ausschließlich Aufgabe des Landesgesetzgebers (ebenso BSG, Urteil vom 22. November 2011, Az. [B 4 AS 204/10 R](#) (juris Rn. 17 unter Verweis auf BVerfG vom 08.04.1987 (1 BvL 8/84, 1 BvL 16/84); Hessisches Landessozialgericht, Urteil vom 19. Oktober 2012 (L 7 AS 409/11 (juris Rn. 59)). Die Länder haben daher eine weitgehend eigenständige Gestaltungsfreiheit bei der Festlegung der Schulorganisation, der Erziehungsprinzipien und Unterrichtsgegenständen (BVerfG vom 26.02.1980 (1 BvR 684/78 (juris Rn. 33)).

Zu den schulrechtlichen Bestimmungen gehören nicht nur die Schulgesetze der Länder, sondern auch Verordnungen, Richtlinien und Erlasse der zuständigen Behörden (Leopold in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB II, Stand 30.07.2019, § 28 Rn. 79; Voelzke in: Hauck/Noftz, SGB, 10/18, § 28 SGB II Rn. 39). Dies ergibt sich daraus, dass die Länder nach [Art. 30 GG](#) für die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben zuständig sind und sie somit im Rahmen der landeseigenen Gesetzgebungskompetenz auch grundsätzlich selbst entscheiden können, in welcher Form sie ihre Befugnisse wahrnehmen (vgl. BVerfG, a.a.O.).

In diesem Sinne handelt es sich bei dem Erlass des Hessischen Kultusministeriums über Schulwanderungen und Schulfahrten vom 07. Dezember 2009 um eine solche schulrechtliche Bestimmung. Dieser regelt unter I. 1. 3.: In Jahrgangsstufen 5-10 kann eine Schülerin oder ein Schüler höchstens 3 mehrtägige Veranstaltungen, die sich auf 3 verschiedene Schuljahre 3 verschiedene Kalenderjahre, teilnehmen. In der Oberstufe kann eine Schülerin oder ein Schüler höchstens einer Studienfahrt teilnehmen.

Da die Klägerin bereits an drei mehrtägigen Veranstaltungen in den Jahrgangsstufen 5-10 teilgenommen hat, konnte sie nach schulrechtlichen Bestimmungen an der streitgegenständlichen vierten mehrtägigen Veranstaltung nicht teilnehmen.

I.1.3 des Erlasses ist rechtmäßig. Er verstößt nicht gegen höherrangiges Bundes- oder Landesrecht und ist daher anzuwenden.

I.1.3 des Erlasses verstößt insbesondere nicht gegen [§ 28 Abs. 2 SGB II](#) und führt nicht zu einer Benachteiligung von Kindern in einkommensschwachen Haushalten.

Die Leistungen des [§ 28 SGB II](#) dienen dazu, die materielle Basis für die Chancengerechtigkeit der Kindern und Jugendlichen im Grundsicherungsbezug bereitzustellen, die nachhaltige Überwindung von Hilfebedürftigkeit durch Bildung zu ermöglichen und für die Beendigung gesellschaftlicher Exklusionsprozesse zu sorgen (Lenze in LPK-SGB II, § 28 Rn. 1; Luik in Eicher/Luik,

Ein VerstoÃ kann daher nur dann angenommen werden, wenn Kinder und Jugendliche im Grundsicherungsbezug durch die Vorschrift des Erlasses von mehrtÃgigen Klassenfahrten ausgegrenzt werden und ihnen damit nicht dieselben Chancen wie Kinder und Jugendlichen ohne Leistungsbezug ermÃglicht werden und kein gleichberechtigtes MaÃ an Teilhabe gewÃhrt wird.

Der Erlass gilt fÃ¼r alle SchÃ¼lerinnen und SchÃ¼ler gleichermaÃen unabhÃngig von Einkommen und VermÃgen der Eltern. Auch SchÃ¼lerinnen und SchÃ¼ler, die nicht im Leistungsbezug des SGB II stehen, ist es nach dem Erlass versagt, an Klassenfahrten teilzunehmen, wenn sie in den Jahren davor bereits an drei mehrtÃgigen Veranstaltungen teilgenommen haben. Ziffer I.1.3 des Erlasses fÃ¼hrt daher nicht zu einer EinschrÃnkung der Chancengerechtigkeit und einer Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen im Grundsicherungsbezug.

Aus einer Gesamtschau der Vorschriften ergibt sich, dass dieser sogar gerade darauf abzielt, Kindern aus einkommensschwachen Haushalten eine Teilnahme an mÃglichst vielen der angebotenen Fahrten zu ermÃglichen. So sieht I.1.7 vor, dass im Hinblick auf die finanzielle Belastung der Eltern bzw. der volljÃhrigen SchÃ¼lerinnen und SchÃ¼ler im Laufe eines Schuljahres und eines Kalenderjahres nur eine mehrtÃgige Veranstaltung durchgefÃ¼hrt werden soll und bei der Planung von mehrtÃgigen Veranstaltungen darauf zu achten ist, dass niemand aus finanziellen GrÃ¼nden von der Teilnahme ausgeschlossen werden darf. Ziffer IV beinhaltet die Regelung, dass bei Inlandsfahrten die von Eltern oder SchÃ¼lern aufzubringenden Gesamtkosten 150,00 Euro, bei Auslandsfahrten 225,00 Euro je SchÃ¼lerin oder SchÃ¼ler nicht Ã¼bersteigen sollen. Allenfalls dann, wenn ein langfristiges Ansparen ermÃglicht wird, dÃ¼rfen die Gesamtkosten bis zu 300,00 Euro bei Inlandsfahrten bzw. 450,00 Euro bei Auslandsfahrten betragen. IV.3 schreibt der Schule vor, darauf zu achten, dass die von den Eltern bzw. den volljÃhrigen SchÃ¼lerinnen und SchÃ¼lern aufzubringenden Gesamtkosten sich nicht nur an den zulÃssigen HÃ¶chstgrenzen, sondern vorrangig an den finanziellen MÃglichkeiten der Eltern bzw. der volljÃhrigen SchÃ¼lerinnen und SchÃ¼ler orientieren.

Es obliegt daher den Schulen, ihren Bildungsauftrag aus Â§ 3 Abs. 5 Schulgesetz Hessen gemÃÃ den Vorgaben des Erlasses â welcher als Verwaltungsvorschrift fÃ¼r die Schulen bindend ist â auszuÃ¼ben. Die Schulen haben bei der Planung und Organisation von Schulfahrten im Interesse der SchÃ¼lerinnen und SchÃ¼ler darauf RÃ¼cksicht zu nehmen, dass mÃglichst alle SchÃ¼lerinnen und SchÃ¼ler bei all jenen Klassenfahrten, bei welchen aus pÃdagogischer Sicht eine Teilnahme aller SchÃ¼lerinnen und SchÃ¼ler eines Klassenverbandes fÃ¼r sinnvoll erachtet wird, teilnehmen kÃ¶nnen. Dies bedeutet auch, dass die Schule darauf zu achten hat, dass in der Jahrgangsstufe 10 keine "notwendige" mehrtÃgige Veranstaltung angeboten wird, wenn eine SchÃ¼lerin oder ein SchÃ¼ler hieran nicht teilnehmen kann, weil er sein "Pensum" an mehrtÃgigen Veranstaltungen bereits erreicht hat. Wendet die Schule den Erlass nicht an, indem sie diese SchÃ¼ler ungeachtet dessen an der Klassenfahrt teilnehmen lÃsst, kann dies nicht zulasten des

Trägers der Grundsicherungsleistungen gehen. Dieser ist bei der Anerkennung der Bedarfe für mehrtägige Schulausflüge an die schulrechtlichen Bestimmungen und den Erlass über Schulwanderungen und Schulfahrten, gebunden ist und nicht an dessen (Nicht-)Beachtung durch die Schule.

Bei der Klägerin liegt auch kein von I.1.3 des Erlasses nicht erfasster Ausnahmefall vor, da sie zu diesem Schuljahr die Schule wechselte und daher besonders auf die Eingliederung in den Klassenverband angewiesen ist.

Schulwanderungen und Schulfahrten sind ausweislich der Vorbemerkung des Erlasses wichtige Elemente des Bildungs- und Erziehungsauftrages der Schulen und tragen dazu bei, gemeinsame neue Erfahrungen und Erlebnisse und das gegenseitige Verständnis zu vertiefen und den Gemeinschaftssinn zu fördern. Gleichzeitig stellen sie jedoch nur einen Teil der pädagogischen Konzeption dar. Art und Umfang der Veranstaltungen müssen auch aus dem Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule abgeleitet werden. Hieraus kann als Zweck der Begrenzung der Anzahl der Schulfahrten von der finanziellen Komponente abgesehen abgeleitet werden, dass die klassische Schulbildung einzelner Schülerinnen und Schüler durch die übermäßige Teilnahme an mehrtägigen Veranstaltungen nicht gefährdet wird.

Der Erlass selbst differenziert nicht danach, ob die von der Schülerin oder dem Schüler besuchten mehrtägigen Veranstaltungen an derselben Schule und im selben Klassenverband stattfanden. Vielmehr zählt der Erlass zu den Fahrten auch Fahrten im Austausch mit Partnerschulen, mehrtägige Veranstaltungen mit sportlichem Schwerpunkt und Chor- und Orchesterreisen, welche typischerweise nicht in einem Klassenverband sondern klassen- und zum Teil jahrgangsstufenübergreifend stattfinden. Als primäres Ziel der Fahrten wird daher nicht gesehen, den Gemeinschaftssinn innerhalb eines Klassenverbandes zu fördern. Aufgrund dessen sieht der Erlass selbst auch keine Ausnahmen für den Fall eines Klassen- oder Schulwechsels vor.

Die Annahme einer Ausnahme gebietet sich auch nicht aus Bildungs- und Teilhabeaspekten.

II.

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 Sozialgerichtsgesetz](#) SGG und erging nach pflichtgemäßem Ermessen. Hierbei wurde berücksichtigt, dass die Klägerin unterlag und der Beklagte über die ablehnende Entscheidung hinaus keinen Anlass zur Klageerhebung gegeben hat.

III.

Die Berufung war nicht gemäß [Â§ 144 Abs. 2 SGG](#) zuzulassen, weil keiner der genannten Zulassungsgründe vorliegt.

Erstellt am: 04.05.2020

Zuletzt verändert am: 23.12.2024